

Versteht 6mal wöchentlich, mit Wochenschrift, Monatsheften, Heimat und Welt und der Abendschau, für seine Leser, sowie den Zeitungs-Unterhaltung und Wissen. Die praktische Ausgabe A mit 24. Monatsheften 2.70 Ausgabe B ohne 24. Monatshefte 2.20 Einzelnummer 10 4 Monats- u. Sonntagsnummer 20 4

Verlag Dr. G. Bredow

Einzelnenpreis: Die 12. Jahrgangszahl 30 J. Familienanzahl u. Bestellgebühr 20 J. Die Druckkosten 50 mm. Preis 1. M. für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 J. Die Druckkosten 1.20 M. Preis 20 J. Die Druckkosten höherer Qualität unter Berücksichtigung der Verlags- und Anzeigen-Kosten u. der Druck- u. Scherenschnittkosten

Sächsische Volkszeitung

Verlagsstelle, Druck und Verlag: Germania, Buchdruckerei und Verlag Dresden, 1, Poststr. 17. Gesamt 21 012, Pollichstraße Dresden 1028, Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 94797.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Königsplatz 1, Ballenstraße 17, Gesamt 2071 und 21 012

Mordanschlag auf Roosevelt

Der Präsident unverletzt — Der Bürgermeister von Chicago, Cermak, schwer verwundet

Ein Mahnzeichen der Krise

Das System Göring

Miami, (Florida), 16. Februar.
Auf den künftigen Präsidenten Roosevelt wurden am Mittwochabend bei einem zu seinen Ehren veranstalteten Empfang 5 Revolvergeschosse von einem Mann namens Zingara abgegeben. Der Präsident wurde nicht verletzt. Der Bürgermeister von Chicago, Cermak, wurde von einer Kugel getroffen. Der Angreifer wurde verhaftet.

Wie das Attentat vor sich ging.
Der Anschlag auf den künftigen Präsidenten Roosevelt erfolgte anlässlich eines Empfanges in einem Park in Biscayne Bay, der veranstaltet worden war, um seine Rückkehr von einer Kreuzfahrt nach den Bahamas-Inseln zu feiern. Der Präsident saß in seinem Auto. Ein Augenzeuge berichtet, der Angreifer habe nicht auf Roosevelt gezielt, sondern auf den Bürgermeister von Chicago, Cermak, der sich ungefähr 6 Meter von dem künftigen Präsidenten entfernt befand. Angesichts der Aufregung der Menge wandte sich Roosevelt um und winkte mit erhobenem Arm, um zu zeigen, daß er unverletzt sei.

Der Täter geisteskrank?
Die Äußerungen des verhafteten Täters Zingara, daß er auf Roosevelt geschossen habe, weil so viele Menschen dem Hungertode nahe seien, und daß ein Magenleiden ihn auf den Attentatsgedanken gebracht habe, bestärken die Vermutung, daß es sich um einen Geisteskranken handelt. Trotzdem wurden, da immer noch die Möglichkeit besteht, daß der Anschlag Cermak galt, in Chicago mehrere bekannte Gangsters verhaftet.

Zingara soll im weiteren Verhör zugeben haben, daß er vor 3 Tagen einen Revolver in der Absicht kaufte, Präsident Hoover zu erschließen. Als er von Roosevelts Ankunft in Miami erfuhr, habe er beschlossen, diesen zu ermorden. Zingara bestand bei seiner Vernehmung darauf, daß er von niemand beeinflusst worden sei, noch den Plan mit irgend jemandem erörtert habe. Die Polizei verhaftete in Zusammenhang mit der Tat einen Freund Zingaras, Andreas Valenti.

Alkoholisierung Urheber des Anschlages?
Die mit der Untersuchung des Anschlages in Miami beschäftigten Behörden scheinen teilweise der Annahme zuzuneigen, daß Chicagoer Gangsters Cermak beseitigen wollten, der das Gangsterunwesen energisch bekämpfte. Von anderer Seite wird dies aber wieder bezweifelt, indessen erfuhr der Chicagoer Polizeichef am Mittwoch die Behörden in Florida, 18 Gangsters festzunehmen, die sich in der Umgegend von Miami aufhalten. Desgleichen wurden Eisenbahnbehörden ersucht, die Namen von Chicagoern mitzuteilen, die in der letzten Zeit Fahrkarten nach Florida nahmen.

Cermaks Verletzung.
Der bei dem Revolveranschlag in Miami schwer verletzte Bürgermeister von Chicago, Cermak, ist, wie nachträglich bekannt wird, noch nicht operiert worden. Er wurde lediglich in dem Operationsraum gebracht, wo seine Verletzungen eingehend untersucht wurden. Hoover hat an Roosevelt ein Glückwunschtelegramm gerichtet.

Dem Attentat auf Roosevelt kommt erhebliche politische Bedeutung zu. Es zeigt, wie stark die innere Spannung in den Vereinigten Staaten gestiegen ist. Zweifellos ist das Attentat eine Auswirkung der ungeheuren Arbeitslosen-Rot, die heute in den Vereinigten Staaten 12 Millionen Menschen erfaßt hat. — Welche Folgen für die internationale Politik ein gelungenes Attentat auf den Präsidenten der USA hätte haben können, ist schwer auszubedenken. Eine neue Störung der internationalen Verhandlungen, als deren Ergebnis man eine Erleichterung der Wirtschaftslage erhofft, wäre die Folge gewesen. Auch Europa hat also Grund, sich zum Mißlingen des Attentats auf den neuen Präsidenten Roosevelt zu beglückwünschen.

Glückwünsche des Reichspräsidenten.
Berlin, 16. Februar. (E.M.) Der Reichspräsident und die Reichsregierung haben den deutschen Botschafter in Washington beauftragt, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Hoover ihre Genugtuung über das Mißlingen des Attentats auf den neuen Präsidenten Roosevelt zum Ausdruck zu bringen.

Spitzelsystem wird eingeführt

Musterland Lippe
Detmold, 16. Februar. Die Lippsche Landesregierung hat der Presse eine Erklärung gesandt, in der es heißt: „Die Landesregierung empfindet es als ihre selbstverständliche Pflicht, den Herrn Reichspräsidenten und den Herrn Reichshausier gegen Verdächtigungen jeder Art mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen. Sie hat deshalb die zuständigen Behörden des Landes, insbesondere die Polizeibehörden angewiesen, ihr besonderes Augenmerk auf derartige Vorgänge insbesondere auf öffentlichen Plätzen, Straßen und Wegen zu richten. Die Landesregierung ruft aber auch alle deutsch empfindenden Landesbewohner auf, sie hierin zu unterstützen. Außer zur Anzeige solcher strafbaren Handlungen ist nach der Strafprozessordnung jedermann befugt, den Täter, der auf feilscher Tat betroffen und verfolgt wird, auch ohne richterlichen Befehl vorläufig festzunehmen.“

In Lippe wird man also vorsichtig sein müssen, wenn man künftig an Herrn Hitler Kritik üben will. Der nächste Passant kann ja ein SA-Mann in Zivil sein und einen festnehmen. Das faschistische Spitzelsystem, das Italien zu solcher Meisterei ausgebaut hat, wird jetzt auch in Deutschland angewandt. Welch ein Fortschritt für das Volk der Dichter und Denker!

Kabinett berät über Rentner-Fürsorge

Berlin, 16. Februar. (E.M.) In der Sitzung des Reichskabinetts, heute nachmittag, kommt in erster Linie die Beseitigung von Härten in der Rentnerfürsorge zur Sprache. Dabei handelt es sich vor allem um die Kriegsoffer. Die Reichsregierung will angeblich etwa 20 bis 25 Millionen flüssig machen, um eine geringe Erhöhung der Renten zu ermöglichen.

Zentralisierung der Polizeigewalt.

Die Maßnahmen, die jetzt mehr von Preußen als vom Reich her zur Sicherung der Macht der gegenwärtigen Regierung unternommen werden, werden offensichtlich in großem Ausmaß nun noch weiter ausgebaut. Die personalen Veränderungen dürften in den nächsten Tagen noch an Ausdehnung gewinnen. Insbesondere ist das Bestreben des nationalsozialistischen Ministers Göring deutlich zu erkennen, die gesamte Polizeiverwaltung in Preußen mehr und mehr in die unmittelbare Verfügungsgewalt des preussischen Innenministeriums zu bekommen. Nunmehr sollen offenbar auch nach der sächsischen Seite hin Ergänzungen zur Sicherung und Erhaltung der Machtstellung getroffen werden. Hierbei spielen Absichten der Reichsregierung eine ganz besondere Rolle.

So haben heute in der Reichskanzlei wichtige Besprechungen der Minister ohne Hinzuziehung anderer Persönlichkeiten stattgefunden, bei denen Fragen von allergrößter Bedeutung für die kommende innerpolitische Entwicklung zur Erörterung gekommen sein dürften. Diese Beratungen innerhalb des Reichskabinetts stellen sich als eine Fortsetzung der Beratungen dar, die dieser Tage unter dem Vorsitz des preussischen Innenministers Göring mit den Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten Preußens gepflogen worden sind.

Verbot der KPD?

Die Durchführung der Wahlen vom 5. und 12. März sollen noch durch bestimmte Vorkehrungen gesichert werden. Es scheint aber auch, daß jetzt schon Vorbereitungen getroffen werden, um die kommunistische Bewegung schachmatt zu setzen.

Die in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch vollzogene Polizeiaktion in den Reichstagszimmern, in denen die Vertreter kommunistischer Verbände saßen, ebenso die Untersuchungsaktionen in kommunistischen Büros in Berlin wie im Lande dürften einen Fingerzeig dafür geben, wohin die Dinge zielen. Es erhält sich in politischen und parlamentarischen Kreisen hartnäckig das Gerücht, daß zum mindesten unmittelbar nach den Wahlen schwerwiegende Zugriffe gegenüber der kommunistischen Bewegung erfolgen werden, ja man erörtert in der Tat auch schon wieder die Möglichkeit eines Verbots der kommunistischen Partei und damit einer Kasierung der in der Wahl vom 5. März erlangten kommunistischen Mandate.

Ein solches Vorgehen glaubt man auf die Verfassungsbestimmung stützen zu können, nach welcher die Abgeordneten an Aufträge nicht gebunden sind, während die Kommunisten nach den Direktiven einer ausländischen Zentrale, nämlich von Moskau, sich betätigen. Bei dieser Sachlage wird erst erklärlich, daß immer wieder davon gesprochen wird, daß nach dem 5. März die gegenwärtige Reichsregierung die Macht behalten und nicht aus den Händen geben werde. Mit einem Ausfall der kommunistischen Mandate würde sie ja die unbeschränkte Mehrheit besitzen.

Die Parole von Stuttgart.

Es wäre verfehlt, anzunehmen, daß die rigorosen Maßnahmen in Preußen, die offenbar nur der Anfang eines bestimmten Planes sind, nur der Initiative des Herrn Göring entspringen. Der Staatskommissar von Vöpsen ebenso wie der Kanzler Hitler scheinen damit völlig einverstanden zu sein. Hitler hat am Mittwoch in seiner Rede in Stuttgart erklärt:

„Ich wollte nicht an die Arbeit gehen, ehe das deutsche Volk gesprochen hat. Allerdings mußte ich auch bedenken, daß ich

104
Kriegs- u. Dresdener Stadtbibliothek